

NaturFreunde Württemberg e.V. zu den Protesten um Stuttgart 21

Nur Transparenz kann die Situation entschärfen

In der Diskussion um das Projekt Stuttgart 21 ist mittlerweile Heiner Geissler als Vermittler eingeschaltet worden. Doch wird es auch ihm nicht gelingen den Konflikt zu lösen, solange nicht absolute Transparenz von Seiten der Verantwortlichen bei der Deutschen Bahn AG und der Politik geschaffen wird.

Schon auf der Landeskonferenz 2007 in Schwäbisch Hall hatten sich die NaturFreunde Württemberg gegen das Projekt Stuttgart 21 und für eine Ertüchtigung des Kopfbahnhofes ausgesprochen. Die NaturFreunde versprechen sich davon eine größere Verbesserung für den Regionalverkehr als es bei Stuttgart 21 je möglich wäre. Gerade die Entwicklung des Regionalverkehrs, den sie tagtäglich benützen, ist für die Menschen im Land von größter Bedeutung.

Viele NaturFreunde beteiligen sich bei den Protesten gegen Stuttgart 21. Auch um ihrem Unbehagen darüber Ausdruck zu verleihen, dass zurzeit im Land Politik gemacht wird, ohne überhaupt auf die Meinung der Bürger einzugehen. Dokumentiert wird dieses Verhalten durch die Weigerung der CDU-FDP-Landesregierung eine Volksabstimmung über das Projekt Stuttgart 21 abzuhalten. Die NaturFreunde Württemberg unterstützen die Forderung nach einer Volksentscheidung, damit das Geschehen um Stuttgart 21 nicht weiter eskaliert.

Der Polizeieinsatz vom 30.09.2010, den die NaturFreunde verurteilen, hat deutlich gemacht, wie schnell die Situation außer Kontrolle geraten kann. Die NaturFreunde unterstützen deshalb nachdrücklich den Stuttgarter Appell, der zur Gewaltlosigkeit auf beiden Seiten aufruft. Dies und ein absolutes Offenlegen aller Gutachten, die zu diesem Projekt angefertigt wurden, können zu Gesprächen in einem deeskalierten Klima führen.

Wir fordern deshalb die Verantwortlichen bei Bahn, Bund und Land auf,

- alle Gutachten – auch die bisher verschlossen gehaltene Wirtschaftlichkeitsberechnung – offen zu legen,
- weiterhin zu erklären, dass es keine weiteren nicht veröffentlichten Gutachten mehr gibt und
- einen sofortigen, totalen Baustopp zu verfügen, um nicht vollendete Tatsachen zu schaffen.

Nur dann sind Verhandlungen sinnvoll und können zu einem Ergebnis führen.

Stuttgart, 12.10.2010